

STATISTIK IM LICHTE DER EUROPÄISCHEN BANKEN- UND SCHULDENKRISE

21. Wissenschaftliches Kolloquium

gemeinsam mit der
Deutschen Statistischen Gesellschaft

22.–23. November 2012
Wiesbaden

Programmheft

Statistisches Bundesamt

Donnerstag, 22. November 2012

- 11⁰⁰ **Begrüßung**
Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden
- 11¹⁵ **Einführung in das Thema**
Prof. Dr. Ullrich Heilemann (Moderator)
Universität Leipzig
- 12⁰⁰ **Diskussion**
- 12¹⁵ **Mittagspause**
- 13¹⁵ **Von der Subprimekrise zur Staatsschuldenkrise:
Abbildungsmöglichkeiten im Kontensystem der VGR**
Wolfgang Eichmann
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
- 13⁴⁵ **Von der Subprimekrise zur Staatsschuldenkrise:
Realwirtschaft, Finanzwirtschaft und Spekulation**
Dr. Tobias Knedlik
Institut für Wirtschaftsforschung Halle
- 14¹⁵ **Diskussion**
- 14³⁰ **Schuldner-Gläubiger-Beziehungen in der
Finanzierungsrechnung – Konzeption und Stand
der Umsetzung**
Dr. Manuel Rupprecht
Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main
- 15⁰⁰ **Diskussion**
- 15¹⁵ **Kaffeepause**
- 15⁴⁵ **Was kostet die Bankenkrise die deutsche
Volkswirtschaft und den deutschen Staat?**
Prof. Dr. Roland Döhrn
*Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung, Essen*
- 16¹⁵ **Diskussion**
- 16³⁰ **Führen die europäischen Buchungsregeln zu
vergleichbaren Ergebnissen?**
Albert Braakmann / Thomas Forster
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
- 17⁰⁰ **Diskussion**

17¹⁵ **Währungsrisiken im deutschen Auslandsvermögen**
Michael Böhl
Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main

17⁴⁵ **Diskussion**

18⁰⁰ **Gerhard-Fürst-Preis**
Laudatio: Prof. Dr. Ullrich Heilemann,
Vorsitzender des Gutachtergremiums
Preisverleihung durch Präsident Roderich Egeler

18³⁰ **Sektempfang / Get together**

Freitag, 23. November 2012

09⁰⁰ **Neue EU-Anforderungen an die Qualitätssicherung der Staatsfinanzdaten**
Dr. Alexandre Makaronidis
Eurostat, Luxemburg

09³⁰ **Diskussion**

09⁴⁵ **Auswirkungen der Krise auf die europäischen Finanz- und Wirtschaftsstatistiken**
Werner Bier
Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main

10¹⁵ **Diskussion**

10³⁰ **Kaffeepause**

11⁰⁰ **Nationale Schuldenbremse und EU-Frühwarnbericht als präventive Maßnahmen**
Dr. Bernd Hanke
Bundesministerium der Finanzen, Berlin

11³⁰ **Diskussion**

11⁴⁵ **Die Europäische Banken- und Schuldenkrise als wirtschaftswissenschaftliche Herausforderung**
Prof. Dr. Claudia M. Buch
*Eberhard-Karls-Universität Tübingen;
Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*

12¹⁵ **Diskussion**

12³⁰ **Ende der Veranstaltung**

Abstracts / Kurzfassungen der Beiträge

Statistik im Lichte der Europäischen Banken- und Schuldenkrise

Einführung in das Thema

Prof. Dr. Ullrich Heilemann

lehrt seit 2004 Empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Leipzig, bis 2010 war er Direktor des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung, zuvor Vizepräsident des RWI. Er ist Mitglied statistischer Beiräte auf nationaler und internationaler Ebene. Nach VWL-Studium an der Universität Mannheim folgten Promotion und Habilitation an der Universität Münster. Forschungsaufenthalte: Harvard University, MIT, Brookings Institution, University of Toronto, AICGS Washington. Gastprofessur Hebrew University Jerusalem (2010).

Große Krisen werfen viele Fragen auf, stoßen Neues an und lassen Altes verwerfen. Auf der substanzwissenschaftlichen Seite war dies auch in der Banken- und Schuldenkrise 2008 ff. zu beobachten, wenn auch in etwas anderer Reihenfolge. Für die Statistik ist das bislang nur eingeschränkt der Fall, wenn man von den Rückwirkungen der substanzwirtschaftlichen Fragen auf ihr Programm und einem stärkeren Qualitätsmanagement absieht. Fragen nach der Rolle der Statistik in der gegenwärtigen Krise und ggfs. daraus zu ziehende Konsequenzen haben, gemessen an der Tiefe und Dauer der Krise, in der politischen Diskussion bislang noch kaum das ihnen zustehende Interesse gefunden – sie sind das Thema des diesjährigen Kolloquiums.

Die Forderung nach mehr und besseren Daten ist seit Mitte des 19. Jahrhunderts nach allen Krisen erhoben worden; Forderungen nach besseren Theorien und Methoden kamen erst sehr viel später hinzu, die nach ihrer effizienten Nutzung erst in jüngster Zeit. Über kurz oder lang wurde ihnen auch meist entsprochen. Besonders wirksam war in dieser Hinsicht die Weltwirtschaftskrise 1929 ff., in deren Folge nicht nur die moderne Konjunkturstatistik etabliert wurde, sondern auch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, gesamtwirtschaftliche Modelle und die Konjunktumfragen – die Barometer-Verfahren wurden hingegen vielfach aufgegeben. Entscheidend waren freilich auch die Erfordernisse des jeweiligen Staates, in Deutschland nicht zuletzt auch die Lenkungsbedürfnisse des Nationalsozialismus mit seinem planwirtschaftlich ausgerich-

teten Wirtschaftssystem. Die Stabilisierungskrise 1966/67 und die beiden Ölkrisen waren in dieser Hinsicht dagegen unmittelbar weniger ergiebig, die Verbesserungen der Konjunkturstatistik erfolgten eher kontinuierlich. Zwar sind noch längst nicht alle Desiderate der Konjunkturforschung erfüllt und gelegentlich sind sogar Verschlechterungen zu verzeichnen. Immerhin hat aber z. B. die Aktualität der VGR zugenommen, ohne dass gleichzeitig der Revisionsumfang zugenommen hat.

Wie alle großen Krisen ist auch die Krise 2008 ff. das Ergebnis eines – zufälligen? – Zusammentreffens mehrerer Krisen, die sich zunächst in den Vereinigten Staaten entfaltete, dann aber rasch auf den Rest der Welt übergriff und in Deutschland makroökonomisch zu einer Banken- und Schuldenkrise, einer Exportkrise und zu Krisen im Fahrzeugbau und damit einem schweren realwirtschaftlichen Einbruch führte. Neu war für die Entfaltung und die Bewältigung der Krise in Deutschland die Rolle, die der Bankensektor und bei ihrer Bewältigung der Staat spielte. Beide Komplexe stehen daher im Mittelpunkt des Kolloquiums. Ob die Statistik bei der Krisenprognose und -bewältigung allen Aufgaben in der erforderlichen Weise gerecht wurde, bleibt dabei offen; was ersteres angeht, so spricht wenig dafür, dass dies nicht der Fall war.

Die Beiträge setzen sich einerseits mit der statistischen Behandlung zentraler Probleme der Banken- und Staatsschuldenkrise auseinander, wie den Regeln und Problemen der statistischen Erfassung von Banken- und Staatsschulden, der Konzeption und Umsetzung der Schuldner-Gläubiger-Beziehungen in der Finanzierungsrechnung, der Behandlung der Währungsrisiken im deutschen Auslandsvermögen oder den aus der Staatsschuldenkrise einiger Länder abgeleiteten Anforderungen an die Qualitätssicherung der Staatsfinanzen. Vermutlich hätte bereits die Kenntnis der behandelten Probleme die Diskussion der Politik und ihr Verständnis in der Öffentlichkeit erheblich versachlicht und erleichtert. Dies wird in den Darstellungen der Entwicklung der Krise von der Subprime- zur realwirtschaftlichen und schließlich zur Staatsschuldenkrise deutlich. Auch wenn längst nicht alle Probleme der statistischen Erfassung und Quantifizierung gelöst sind, so lassen sich die bisherigen Kosten der Bankenkrise für Volkswirtschaft und Staat beziffern, wie dies ein Beitrag unternimmt, und letztlich auf diese Weise auch Ansätze für eine analytische Bewältigung der Krise finden. Bislang ist dies leider erst ansatzweise zu erkennen – aber dazu soll dieses Kolloquium beitragen.

Von der Subprimekrise zur Staatsschuldenkrise: Abbildungsmöglichkeiten im Kontensystem der VGR

Wolfgang Eichmann

geb. 1949, begann nach dem Abschluss des Studiums der Volkswirtschaftslehre an der Universität Frankfurt in der Abteilung Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) des Statistischen Bundesamtes, in der er bis heute arbeitet. Seine Hauptinteressensgebiete sind die Behandlung der Banken und Versicherungen in den VGR sowie das VGR-Konto „Übrige Welt“ einschl. der Verbindung zur Zahlungsbilanzstatistik. Bis heute war er für 33 Länder als VGR-Berater tätig, darunter waren 17 Einsätze im Ausland. Die übrigen Seminare und Workshops wurden in Deutschland, häufig in Zusammenarbeit mit dem Centre for Technical Central Bank Cooperation der Deutschen Bundesbank durchgeführt. Im Jahre 2011 wurde er in das Expertenverzeichnis des IMF („expert roster“) aufgenommen. Er ist Autor von 20 Veröffentlichungen auf dem Gebiet der VGR und hat an zahlreichen Arbeitsgruppen und Task Forces der UNECE, der OECD und von EUROSTAT teilgenommen. Zudem führte er an der Universität Mainz, der Fachhochschule Worms sowie am House of Finance der Universität Frankfurt (zusammen mit Professor Richard Werner, Southampton/UK) Lehrveranstaltungen durch.

Die US-amerikanische Subprimekrise, die 2007 erstmals ins Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit rückte, hat sich zwischenzeitlich mit Krisen anderen Ursprungs (z.B. hausgemachte Immobilienkrise in Spanien) zu einem breiten Strom vereinigt, der die Staatsfinanzen verschiedener Länder unterspült.

Der Beitrag ruft im ersten Teil die Mechanik der US-amerikanischen Subprimekrise in Erinnerung, deren prominentestes Opfer die Kölner IKB Bank war.

Im zweiten Teil wird – mit Hilfe des Kontensystems der VGR – zuerst versucht, den Zusammenhang zwischen realer und monetärer Sphäre der Wirtschaft darzustellen. Wie in einem solchen System nach der Produktion von Gütern ein „Geldgewinn“ auf dem Markt erwirtschaftet werden kann, wird anschließend erläutert. Abschließend wird gezeigt, dass auch ohne Produktion sich ein „Geldgewinn“ qua Umbewertung und Geldschöpfung im Rahmen einer Grundstücksspekulation realisieren lässt. Dieser modellhaft geschilderte Prozess weist deutliche Parallelen zur Subprimekrise auf.

Von der Subprimekrise zur Staatsschuldenkrise: Realwirtschaft, Finanzwirtschaft und Spekulation

Dr. Tobias Knedlik

geb. 1975, hat Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg und an der University of the Free State in Bloemfontein, Südafrika studiert. Anschließend war er von 2002 bis 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management der Universität Bremen. Die Promotion erfolgte 2005 mit einer Dissertation zum Thema Optimierung der Geldpolitik in Schwellenländern durch einen International-Lender-of-Last-Resort. Seit 2005 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsforschung Halle und forscht dort zum Thema europäische und internationale Wirtschaftspolitik mit einem Fokus auf Finanzkrisen. Daneben war er Visiting Professor an verschiedenen Universitäten (Universität Erfurt, Addis Ababa University in Äthiopien, University of the Free State in Südafrika).

Die Subprimekrise mit ihrem Ursprung im amerikanischen Finanzsystem verbreitete sich zunächst über das Bankensystem nach Europa und auch nach Deutschland, wo Banken durch ihre direkte Involvierung in die betroffenen Märkte besonders stark getroffen wurden. Diese erste Runde der Bankenkrise in Europa führte zu einer großen Verunsicherung bezüglich der Solvenz von Banken, deren Aktivitäten auf Märkten für gebündelte Hypothekenkredite minderer Qualität in den veröffentlichten Bilanzen nicht abzulesen waren. Folglich reduzierten sich die Geschäfte der Banken untereinander stark, was die Refinanzierung und damit auch die Kreditvergabe an den Privatsektor begrenzte.

Das mit der Subprimekrise beginnende abrupte Ende der „großen Moderation“ durch eine wieder erwachte Wahrnehmung von Risiken hatte durch eine Verunsicherung über die globale wirtschaftliche Entwicklung vor allem in den entwickelten Volkswirtschaften starke Auswirkungen auf die realwirtschaftliche Aktivität und führte – in starkem Ausmaß auch in Deutschland – zu Wachstumseinbrüchen. Die Krise am amerikanischen Immobilienmarkt und an den internationalen Finanzmärkten deckten auch nicht nachhaltige Entwicklungen an europäischen Märkten für Vermögensgüter auf. So kamen die Immobilienpreisblasen in Spanien und Irland zum Platzen und belasteten die Banken in diesen Ländern zusätzlich und stärker als die ursprüngliche Subprimekrise. Aber auch andere Aktiva,

insbesondere die Staatsschuldtitel in Ländern mit stark gestiegener Verschuldung, vor allem in Griechenland, wurden im Lichte der neuen Risikowahrnehmung schlechter bewertet, was zu deutlichen Risikoaufschlägen und höheren Finanzierungskosten führte. In der Europäischen Währungsunion zeigte sich, dass die Betroffenheit des Finanzsektors mancherorts nicht durch öffentliche Garantien und Beteiligungen gestoppt werden konnte, da die Garantien den in einer Währungsunion stärker begrenzten Spielraum nationaler Budgets sprengte. Die Rückgewinnung von Vertrauen sowohl in die Stabilität des Bankensektors als auch in die Nachhaltigkeit der Staatsverschuldung in Europa ist deshalb die drängende Aufgabe der europäischen Wirtschaftspolitik.

Schuldner-Gläubiger-Beziehungen in der Finanzierungsrechnung – Konzeption und Stand der Umsetzung

Dr. Manuel Rupprecht

geb. 1979, Studium der VWL in Münster und Christchurch (Neuseeland), Promotion in Frankfurt, seit 2009 im Zentralbereich Volkswirtschaft (Abteilung Geldpolitik und monetäre Analyse) der Deutschen Bundesbank tätig, seit 2011 Leitung der Gruppe „Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung“.

Angaben zum Vermögen und zur Verschuldung in einer Volkswirtschaft sind seit jeher wichtige Determinanten der Wirtschaftspolitik. Auch für die Forschung sind diese Angaben von Interesse, allen voran für ökonomische und politische Fragestellungen. Mit der Zuspitzung der Banken- und Schuldenkrise in Europa hat die Bedeutung dieser Informationen weiter zugenommen. Stand lange Zeit vor allem der Staat im Zentrum einschlägiger Politikmaßnahmen und Analysen, rückt nun auch der Privatsektor verstärkt in den Fokus. Ausdruck dessen ist bspw. die Einführung eines Verfahrens zur Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte in der Europäischen Union, bei dem die private (Neu-)Verschuldung als zentraler Indikator für den Grad der Ungleichgewichte dient. Auch die Geldpolitik bedient sich immer häufiger derartiger Angaben, etwa um die Auswirkungen von (im Währungsraum heterogenen) Umschichtungen im Vermögensportfolio auf die Geldmengenaggregate oder den Einfluss sektoraler Bilanzveränderungen auf die Effektivität geldpolitischer Maßnahmen einzuschätzen.

Die Quelle für derartige Informationen ist in den meisten Fällen die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung. In Deutschland wird

diese – schon seit den 1950er Jahren – von der Deutschen Bundesbank erhoben. Derzeit bietet das Rechenwerk vierteljährliche Informationen über die finanziellen Transaktionen und (Vermögens- und Schulden-)Bestände eines jeden Sektors der deutschen Volkswirtschaft; methodische Grundlage ist dabei stets das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 95).

Die Ergebnisse geben somit u.a. Auskunft über die Höhe und Struktur des Vermögens bzw. der Schulden eines Sektors (bspw. der privaten Haushalte) zu einem bestimmten Zeitpunkt (bspw. zum Quartalsende). Sie enthalten jedoch kaum Informationen darüber, welche Schuldner bzw. Gläubiger sich hinter den jeweiligen Vermögens-/Schuldenpositionen verbergen. So lässt sich bspw. ablesen, dass die privaten Haushalte in Deutschland Ende März 2012 Anleihen im Wert von ca. 250 Mrd. € in ihrem Vermögensportfolio hielten. Wer diese Anleihen emittiert hat, ob dahinter also in- oder ausländische Unternehmen, Staaten oder Banken stehen, ist nicht ersichtlich. Eben solche Informationen sind aber von entscheidender Bedeutung für Analysen zur Finanzstabilität, etwa dann, wenn es um die Identifikation und Einschätzung möglicher Krisenanstekungskanäle geht. Auch die Geldpolitik profitiert von solchen Angaben, etwa bei Untersuchungen zur monetären Transmission.

Die Erhebung dieser zusätzlichen Informationen ist jedoch keineswegs trivial. Im Gegenteil, die finanziellen Verflechtungen für alle Sektoren und Finanzinstrumente konsistent zu erheben, stellt enorme Anforderungen an die Finanzierungsrechnung sowie an die zur Verfügung stehenden Primärquellen. Dazu gehört bspw. die einheitliche und identische Definition der Sektoren in diesen Primärstatistiken. Ist dies nicht gewährleistet, etwa weil das ESVG 95 nicht für alle relevanten Quellen gilt, ist es Aufgabe der Finanzierungsrechnung als Sekundärstatistik, die Informationen entsprechend aufzubereiten und auf konsistente Weise zusammenzuführen. Im Ergebnis müssen allen sektoralen Forderungen entsprechende Verbindlichkeiten gegenüberstehen, differenziert in die einzelnen Finanzinstrumente. Der Rechenaufwand nimmt infolgedessen erheblich zu. Entscheidende Vorteile sind jedoch Verbesserungen in der Transparenz der Rechnung sowie der Qualität, dem Umfang und den Analysemöglichkeiten der Ergebnisse.

Die Bundesbank hat bereits im Jahr 2008 begonnen, derartige weitergehende Informationen zu erheben. Ausgangspunkt waren die sektoralen Einlagen und Kredite, auf die traditionell ein hoher Anteil aller sektoralen finanziellen Transaktionen und Bestände entfällt. Seitdem werden diese Daten regelmäßig erhoben; ihre Berech-

nung wurde in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert, die Ergebnisse filigraner. Die erste Publikation ausgewählter Angaben erfolgte im Jahr 2011.

Aktuell konzentrieren sich die Arbeiten auf die Erhebung von Schuldner-Gläubiger-Beziehungen im Wertpapierbereich, konkret auf Aktien, Schuldverschreibungen und Investmentzertifikate. Der damit verbundene Aufwand ist jedoch aus verschiedenen Gründen ungleich größer als bei den Einlagen und Krediten. So sind etwa (noch) nicht alle benötigten Informationen in den einschlägigen Primärstatistiken enthalten. Darüber hinaus spielen Bewertungsänderungen (Preis des Wertpapiers, Wechselkurse) eine deutlich größere Rolle, was insb. die Ermittlung von Transaktionen erschwert. Zusammen mit weiteren Schwierigkeiten stellt die Erhebung von Schuldner-Gläubiger-Beziehungen für Wertpapiere somit eine besondere Herausforderung dar. Nichtsdestotrotz konnten für ausgewählte Papiere bereits vorläufige Ergebnisse ermittelt und in internen Arbeiten verwendet werden. Ziel ist es, die Arbeiten bis zum Jahr 2014 abzuschließen und mit der Einführung des ESVG 2010 für alle genannten Wertpapiere die inter- und intra-sektoralen Verflechtungen zu erheben. Die Datengrundlage für Analysen zur Finanzstabilität, für geldpolitische Untersuchungen sowie für darüber hinausgehende Fragestellungen (bspw. zur sektoralen Verteilung des gesamtwirtschaftlichen Vermögens) wird damit in einem wichtigen Punkt entscheidend verbessert.

Was kostet die Bankenkrise die deutsche Volkswirtschaft und den deutschen Staat?

Prof. Dr. Roland Döhrn

studierte Volkswirtschaftslehre an der Johannes-Gutenberg Universität Mainz und promovierte 1988 an der Ruhr-Universität Bochum. Er trat 1978 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) ein und war zunächst in der Forschungsgruppe „Sektorale Strukturanalysen“ tätig. Von 1988 bis 2001 leitete er die Forschungsgruppe „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ und übernahm 2002 die Leitung des Kompetenzbereichs „Wachstum und Konjunktur“ und ist in dieser Funktion verantwortlich für die Konjunkturanalysen des RWI. Er ist Honorarprofessor an der Universität Duisburg-Essen und lehrt dort das Fach „Konjunkturdiagnose und -prognose“.

Eine Quantifizierung der Kosten der Bankenkrise ist aus mehreren Gründen schwierig. Erstens ist die Krise keineswegs überwunden, so dass es für ein Fazit wohl noch zu früh ist. Zweitens wurde die europäische Wirtschaft in den vergangenen Jahren von mehreren Krisen erschüttert, die nicht unabhängig voneinander entstanden und sich deshalb auch kaum voneinander abgrenzen lassen: Immobilienkrisen innerhalb und außerhalb des Euro-Raums bildeten den Ausgangspunkt der Bankenkrise, diese entwickelte sich zu einer Finanz- und Wirtschaftskrise und schließlich weiter – wie in der Geschichte häufiger beobachtet – zu einer Staatsschuldenkrise. Wo enden die Folgen der einen Krise, und wo beginnen die der anderen? Drittens lassen sich Kosten nur im Vergleich zu einer Situation ermitteln, in der es keine Bankenkrise gegeben hätte; eine solche Referenzsituation ist aber naturgemäß unbekannt, und man muss die tatsächliche Entwicklung ersatzweise mit Erwartungen und Projektionen vergleichen, die vor der Bankenkrise erstellt wurden. Unterschiede zwischen Projektionen und Realität resultieren aber, und dies ist ein weiteres Problem, nicht allein aus fehlerhaften Erwartungen, sondern auch aus Reaktionen auf die Krise. Insofern kann es im Folgenden lediglich darum gehen, eine grobe Vorstellung von den volkswirtschaftlichen Kosten der Bankenkrise zu entwickeln.

Als Referenzwert für die Messung der Folgen der Bankenkrise bieten sich die im Winter 2007/08 erstellten Projektionen der Bundesregierung an, da diese – im Gegensatz zu den meisten anderen gesamt- und finanzwirtschaftlichen Prognosen – auch Vorstellungen über die mittlere Frist enthalten. In ihrem im Dezember 2007 vorgelegten Stabilitätsprogramm war die Bundesregierung von einer Zunahme des realen BIP um 2 % im Jahr 2008 und um 1,5 % im Jahr 2009 ausgegangen; mit dieser Einschätzung bewegte sie sich im Rahmen der zum damaligen Zeitpunkt vorliegenden Konjunkturprognosen. Für die mittlere Frist projizierte sie ein moderates BIP-Wachstum um 1,5 % pro Jahr in den Jahren 2010 bis 2012. Vor diesem Hintergrund erwartete sie einen annähernd ausgeglichenen Staatshaushalt in den Jahren 2008 und 2009 und leichte Überschüsse in den beiden Jahren danach. Bei der Staatsschuldenquote wurde ein Rückgang von 65 % im Jahr 2007 auf 57,5 % im Jahr 2011 erwartet.

Allerdings geriet die deutsche Wirtschaft im Winterhalbjahr 2008/2009 in die tiefste Rezession seit dem Bestehen der Bundesrepublik. Das reale BIP sank 2009 im Jahresdurchschnitt um 5,1 %; vom Höhepunkt der gesamtwirtschaftlichen Produktion vor der Rezession bis zum Tiefpunkt beträgt das Minus sogar 6,6 %. Anstelle eines ausgeglichenen Staatshaushalts mussten in den

Jahren 2009 und 2010 Budgetdefizite von 3,2 % und 4,3 % des nominalen BIP in Kauf genommen werden, womit der Finanzierungssaldo um 73 Mrd. und 106 Mrd. € bzw. in Relation zum nominalen BIP um 3,25 und 4,75 Prozentpunkte schlechter ausfiel als in der Projektion vom Dezember 2007 erwartet. Diese Verschlechterung resultierte nicht allein aus dem Wirken der automatischen Stabilisatoren, sondern auch aus den im Winter 2008/09 zur Stabilisierung der Konjunktur beschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen. Erstere belasteten den Haushalt des Staates um schätzungsweise rund 50 Mrd. € im Jahr 2009 und 21 Mrd. € im darauffolgenden Jahr. Die diskretionären Maßnahmen, die insbesondere auf den beiden Konjunkturprogrammen beruhen, erreichten brutto etwa 30 Mrd. € im Jahr 2009 und rund 52 Mrd. im Jahr 2010. Allerdings ist bei solchen Programmen eine teilweise Selbstfinanzierung in Rechnung zu stellen, die nach Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell gut 40 % des ursprünglichen Impulses betragen dürfte. Per saldo dürfte der Finanzierungssaldo durch die stimulierenden Maßnahmen um knapp 20 Mrd. € im Jahr 2009 und nicht ganz 25 Mrd. € im Jahr 2010 vergrößert worden sein. Automatische Stabilisatoren und diskretionäre Maßnahmen zusammen genommen verschlechterten die Finanzlage des Staates mithin um knapp 70 bzw. rund 73 Mrd. €.

Der Schuldenstand des Staates erhöhte sich noch weitaus stärker als in den Finanzierungssalden angelegt; er erreichte im Jahr 2010 in Relation zum BIP 83 %. Darin schlugen sich im Wesentlichen Verbindlichkeiten nieder, die der Staat im Rahmen der Bankenrettung übernommen hat. Die beiden Abwicklungsanstalten („bad banks“) für die Hypo Real Estate und die WestLB waren im Jahr 2010 allein für eine Zunahme der Schuldenquote um 8,6 Prozentpunkte verantwortlich. In dem Maße, wie deren Portfolios abgeschmolzen werden, dürfte allerdings der Schuldenstand des Staates zurückgeführt werden.

Die Bankenkrise brachte mithin zwar beträchtliche Mehrbelastungen für den Staatshaushalt in Gestalt sinkender Staatseinnahmen sowie höherer Staatsausgaben und sie erhöhte auch den Schuldenstand des Staates beträchtlich. Im Gegensatz zu anderen Ländern des Euro-Raums eskalierte die Lage in Deutschland allerdings nicht zu einer Staatsschuldenkrise. Dies liegt zum einen daran, dass die Ausgangssituation in Deutschland günstiger war als in vielen anderen Ländern; immerhin rechnete man ursprünglich für 2008 mit einem annähernd ausgeglichenen Staatshaushalt, wobei die Staatseinnahmen vor der Krise – anders z. B. als in Spanien – auch nicht durch einen boomenden Immobiliensektor übersteigert

waren. Zum anderen profitiert Deutschland von seiner Funktion als „sicherer Hafen“, so dass sich trotz der auch hierzulande kräftig gestiegenen Staatsschulden die Finanzierungsbedingungen für den Staat nicht verschlechterten, sondern im Gegenteil deutlich verbesserten. Dass die Staatsschulden nicht aus dem Ruder liefen, liegt allerdings auch daran, dass die Bundesregierung im Jahr 2009 auch eine neue Verschuldungsregel („Schuldenbremse“) im Grundgesetz verankerte, die mittelfristig einen strukturell annähernd ausgeglichenen Haushalt sichern soll. Um dieses Ziel zu erreichen, reagierte sie auf die krisenbedingt kräftig gestiegene Neuverschuldung mit verstärkten Konsolidierungsbemühungen, insbesondere dem sog. „Zukunftspaket“.

Der Vortrag „Was kostet die Bankenkrise die deutsche Volkswirtschaft und den deutschen Staat?“ basiert auf einer Arbeit, die gemeinsam mit Heinz Gebhardt verfasst wurde.

Führen die europäischen Buchungsregeln zu vergleichbaren Ergebnissen?

Albert Braakmann

geb. 1955, Studium der Volkswirtschaftslehre sowie International and European Economics als Postgraduate am Europa Kolleg Brügge; seit 1982 im Statistischen Bundesamt und von 1991 – 1994 im europäischen Statistikamt Eurostat; bisherige Arbeitsgebiete waren Input-Output-Rechnung, europäische Harmonisierung des BIP, internationale Entwicklungszusammenarbeit, Staatsfinanzstatistik, Wohlfahrtsmessung; seit 2003 Leitung der Gruppe Nationaleinkommen, Sektorkonten, Außenwirtschaft; seit 2008 Vorstandsmitglied der International Association for Research in Income and Wealth (IARIW).

Thomas Forster

geb. 1967, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg. 1996 – 1999 und 2000 – 2002 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg im Bereich Wirtschaftswissenschaftliche Analysen und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. 1999 – 2000 Deutsche Krankenhausgesellschaft im Bereich Analyse gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen und Finanzentwicklung im Gesundheitswesen. Seit 2002 im Statistischen Bundesamt u.a. in den Arbeitsgebieten Aufbau und Weiterentwicklung gesundheitsbezogener Rechensysteme, Staatsfinanzstatistik, Notifikation der Defizitzahlen. Seit 2008 Leiter des Referats Staatssektor, EU-Stabilitätspakt.

Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise zeigen, dass vergleichbare, aussagefähige und vor allem glaubwürdige Statistiken zur finanziellen Situation eines Staates von essentieller Bedeutung sind. Sie sind Grundlage für die Einschätzung der Bonität eines Staates und damit seines Rating, welches wiederum seine Refinanzierungsmöglichkeiten an den Kapitalmärkten und seine aktuellen und künftigen Zinsbelastungen mitbestimmt. Verlieren die Teilnehmer an den internationalen Finanzmärkten das Vertrauen in die Aussagefähigkeit der finanziellen Stabilität eines Staates kann dies sogar ganze Währungsblöcke an den Rand substantieller Krisen bringen. Aktuell werden die Einnahmen und Ausgaben sowie die Schuldenstände der Staaten – vor allem in Europa – ganz erheblich durch Einheiten bestimmt, die im Zuge von staatlichen Stützungsmaßnahmen zugunsten von Finanzunternehmen neu errichtet wurden.

In Deutschland wurden beispielsweise im Zusammenhang mit der Errichtung der „FMS Wertmanagement“ Aktiva im Volumen von rund 170 Milliarden Euro auf diese Einheit übertragen. Die Frage der Zuordnung dieser Einheit als öffentliche (staatliche) oder private Einheit ist daher von erheblicher Bedeutung für die Höhe des staatlichen Schuldenstands (Erhöhung der Schuldenstandsquote um rund 8 Prozentpunkte) und damit für die Bewertung der Kreditfähigkeit Deutschlands oder möglicher Vorgaben der Europäischen Kommission zur Reduzierung des Schuldenstandes. Nur durch eine international konsistente Zuordnung solcher Einheiten in den verschiedenen internationalen Berichtssystemen (Government Finance Statistics, National Accounts, Balance of Payments etc.) werden Verzerrungen der Daten zwischen den Staaten vermieden.

Aber nicht nur die unterschiedliche Zuordnung von Einheiten (staatlich versus privat) kann zu Verzerrungen bei internationalen Datenvergleichen führen, sondern auch die unterschiedliche Ausgestaltung von Maßnahmen. Werden beispielsweise Kredite auf Basis staatlicher Vereinbarungen zur Stützung von Staaten in unterschiedlicher Weise gewährt, kann dies bei fehlenden Vorgaben zu unterschiedlichen Darstellungen in den Berichtssystemen führen – obwohl die Substanz der Transaktionen letztlich gleich ist. Das Prinzip „substance over form“ muss als zentrales Kriterium bei der Darstellung von Maßnahmen zugrunde gelegt werden.

Der Beitrag analysiert die in Deutschland durchgeführten Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte und stellt die Kriterien vor, die für eine konsistente Zuordnung von Einheiten (öffentlich versus privat) verwendet wurden. Basis hierfür sind die Methoden und Konzepte des ESVG 1995 und des Handbuchs zum Defizit und Schuldenstand des Staates.

Währungsrisiken im deutschen Auslandsvermögen

Michael Böhl

hat an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen Internationale Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Geld und Währung (Lehrstuhl Prof. Dr. Claudia M. Buch) studiert und arbeitet seit 2009 im Bereich Außenwirtschaftsstatistik der Deutschen Bundesbank. Sein besonderes Interesse gilt der Entwicklung neuer nutzerfokussierter Messkonzepte und der Umsetzung zusätzlicher Standards zur Sicherung einer dauerhaft hohen Qualität der statistischen Produkte als informationelles Fundament geld- und wirtschaftspolitischer Entscheidungen.

Im Zuge der 2008 einsetzenden globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der damit verwobenen europäischen Banken- und Staatsschuldenkrise ist es auch zu starken Bewegungen an den Devisenmärkten gekommen. So fiel der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar allein von Ende 2009 bis Mitte 2010 um über 20 % und wertete seit Ende des 1. Quartals 2012 erneut um rund 10 % ab. Auch gegenüber asiatischen Währungen hat die europäische Gemeinschaftswährung seit Ende 2007 Wertverluste erlitten, gegenüber dem japanischen Yen um über 40 %. Welche Umwertungseffekte gehen von diesen Wechselkursverschiebungen auf das ausländische Vermögen bzw. die Verbindlichkeiten der deutschen Volkswirtschaft aus? Welche Risiken resultieren angesichts des hohen Exposures aus zukünftigen Preisänderungen an den Devisenmärkten für die Werthaltigkeit der deutschen Netto-Auslandsposition?

Der Beitrag soll einen Ansatz präsentieren, wie diese wechselkursbedingten Bewertungseffekte zukünftig besser systematisch erfasst und laufend gemessen werden können. Kern des vorgestellten Messansatzes ist die konzeptionelle Entwicklung eines mit Auslandsvermögensbeständen gewichteten effektiven Wechselkurses. Im Sinne der überarbeiteten außenwirtschaftsstatistischen Methodik erhöht dieses Messkonzept die Konsistenz zwischen finanziellen Beständen, Transaktionen und anderen Einflussfaktoren. Durch eine sektorale Gliederung können sektorenspezifische Verwundbarkeiten identifiziert und somit ein Beitrag zur frühzeitigen Erkennung potenzieller Ansteckungskanäle bzw. Portfolio- und Vermögenseffekte geleistet werden. Die Arbeit trägt vor dem Hintergrund einer bereits seit längerem geführten wissenschaftlichen Debatte der besonderen Rolle des Auslandsvermögensstatus und dessen Dynamik im

Rahmen der makroökonomischen Analyse internationaler Ungleichgewichte wie auch des erweiterten multilateralen Koordinationsverfahrens in der Europäischen Union Rechnung.

Neue EU-Anforderungen an die Qualitätssicherung der Staatsfinanzdaten

Dr. Alexandre Makaronidis

geb. 1956, Studium der BWL und Promotion an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Leiter des Referates „FSS-Qualitätsmanagement und staatliche Rechnungslegung“ bei Eurostat. Das Referat ist zuständig für die kürzlich an Eurostat übertragenen Befugnisse im Zusammenhang mit dem Verfahren bei übermäßigem Defizit und daher zuständig für Risiko- und Qualitätsmanagement für Finanzstatistiken des Sektors Staat (FSS), staatliche Rechnungslegung und die Überprüfung der primären Finanzdaten des Sektors Staat.

Die Statistiken zum Verfahren bei einem übermäßigem Defizit (VÜD) im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts werden im Europäischen Statistischen System (ESS) von den Mitgliedstaaten erstellt und von Eurostat bereitgestellt. Die Finanzstatistiken des Sektors Staat (FSS) sind gesetzesbasiert und müssen höchsten Qualitätsanforderungen genügen. Die Qualität der FSS hängt maßgeblich von der Qualität der Basisdaten ab, die die Konten der Rechnungslegung der im Sektor Staat zusammengefassten Einheiten liefern. Deshalb ist eine konsequente Qualitätssicherung in Europa unerlässlich.

Das Qualitätsmanagement der FSS-Prozesse ist das Kernstück des präventiven Ansatzes von Eurostat, um die Qualität der gemeldeten VÜD-Daten zu sichern. Eurostats Ansatz leitet sich aus der VÜD-Verordnung 479/2009, in ihrer geänderten Fassung, und dem aktualisierten Verhaltenskodex für Europäische Statistiken ab. Er wird genauer in der Kommunikation „KOM (2011) 211“ (Ein robustes Qualitätsmanagement für die europäischen Statistiken) beschrieben und besteht im Wesentlichen aus folgenden Elementen:

- (1) Qualitätsmanagement der VÜD-relevanten Datenprozesse;
- (2) Gesprächsbesuche zur Überprüfung des vorgelagerten Bereiches (upstream dialogue visits) und
- (3) Förderung periodengerechter Buchführung für alle Teilsektoren des Sektors Staat.

Der Beitrag erläutert die Maßnahmen, anhand derer die Qualität sowohl der FSS-Basisdaten (upstream data) als auch der dazugehörenden Datenübermittlungsprozesse (upstream processes) in der EU gesichert werden sollen.

Qualitätsmanagementsystem (QMS) wird als ein „formales Konzept der Zusicherung an den Nutzer, dass das Ergebnis seinen Zweck erfüllt“ verstanden und deswegen wird die Ansicht vertreten, dass auch statistische Prozesse qualitätsgesichert werden sollen. Dabei wird ein traditioneller Lieferkettenansatz postuliert: Bei Einhaltung der erforderlichen Standards wird der Erfolg des Endprodukts durch die an jeder Stufe übertragene oder hinzugefügte Qualität bestimmt.

Bereits heute sind Elemente von QMS in den Mitgliedstaaten vorhanden. Diese Elemente leiten sich aus gesetzlichen Regelungen ab und werden im Rahmen von Gesprächsbesuchen überprüft. Das Ziel solcher Gesprächsbesuche ist es, in Zusammenarbeit mit den nationalen statistischen Behörden, die Handhabung und Kontrolle der Ströme der öffentlichen Finanzdaten, welche zur Berechnung von Haushaltsdefizit und Schuldenstand nach ESGV verwendet werden, zu überprüfen. Diese Gesprächsbesuche tragen zum besseren Qualitätsmanagement der VÜD-relevanten Datenprozesse mittels Auffindung und Festlegung von bewährten Verfahrensweisen bei.

Harmonisierte (und daher vergleichbare) periodengerechte Buchführungen in allen Teilsektoren des Sektors Staat sind eine Voraussetzung für die Verbesserung und Sicherung der Qualität bei der Erstellung von FSS. Deswegen tritt Eurostat für die EU-weite Einführung von harmonisierten Rechnungslegungsstandards ein – für alle Teilsektoren des Sektors Staat und auf der Basis des Prinzips der Periodengerechtigkeit.

Auswirkungen der Krise auf die europäischen Finanz- und Wirtschaftsstatistiken

Werner Bier

geb. 1956, ist stellvertretender Generaldirektor Statistik der Europäischen Zentralbank. Er vertritt die EZB in verschiedenen europäischen und internationalen Gremien, so im Ausschuss für Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken (AWFZ), im Komitee Statistik des Wirtschafts- und Finanzausschusses, in der Arbeitsgruppe Statistik des Rates, im Statistikausschuss der OECD, im Zahlungsbilanz-

komitee des Internationalen Währungsfonds und in der statistischen Kommission der Vereinten Nationen. Außerdem hat er zusammen mit einem Kollegen der UNCTAD den Vorsitz des Committee for the Coordination of Statistical Activities (CCSA) inne, in dem sich die wichtigsten inter- und supranationalen Organisationen mit einer bedeutenden Statistikfunktion zusammengeschlossen haben.

Nach Abschluss seines Studiums der Volkswirtschaftslehre an der Universität des Saarlandes und mehreren Jahren Assistenten- und Lehrtätigkeit war Werner Bier während der Zeit der deutschen Wiedervereinigung in der Hauptabteilung Volkswirtschaft der Deutschen Bundesbank in Frankfurt am Main tätig. Danach wechselte er zu Eurostat in Luxemburg und kehrte Anfang 1995 zurück nach Frankfurt zum Europäischen Währungsinstitut, der Vorgängerinstitution der EZB.

Die Wirtschaftskrise begann mit einer klassischen Immobilienblase in den USA und einigen anderen Ländern. Sie entwickelte sich alsbald zu einer internationalen Bankenkrise und anschließend zu einer Staatsschuldenkrise. Zur Unterstützung der Korrekturmaßnahmen und zur Eindämmung von zukünftigen gleichgelagerten ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklungen wurden auf internationaler und europäischer Ebene verschiedene statistische Initiativen ergriffen. Dieser Beitrag stellt die verschiedenen Initiativen dar und unterzieht sie einer ersten Beurteilung.

Auf globaler Ebene ist insbesondere die Initiative zu Datenlücken (Data Gaps Initiative) hervorzuheben, die von den G-20-Finanzministern und -Notenbankpräsidenten unterstützt wird. Hierzu legen der Internationale Währungsfonds (IWF) und der Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board) regelmäßig Berichte vor, die insbesondere die makroökonomischen Statistiken und die Statistiken zur Finanzstabilität der G-20 stärken sollen. Diese Berichte werden in enger Abstimmung mit sieben inter- sowie supranationalen Organisationen (BIZ, Europäische Zentralbank, Eurostat, IWF (Vorsitz), OECD, Vereinte Nationen und Weltbank) erstellt und umgesetzt. Die Initiative wird seit Kurzem durch den Special Data Dissemination Standard Plus (SDDS Plus) des IWF weiter gestärkt.

Auf europäischer Ebene wurden ebenfalls verschiedene Initiativen ergriffen: Zum einen wurde die Überwachung der Statistiken, die dem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit zugrunde liegen, in verschiedener Hinsicht gestärkt. Zum anderen wurde dieses Verfahren ergänzt um ein Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte (einschließlich eines Scoreboards). Zudem wurde der Europäische Ausschuss für Systemrisi-

ken (European Systemic Risk Board – ESRB) errichtet, der eigene Daten erhebt und sie auch in Form eines Risikosteuerpults (Dashboard) veröffentlicht.

Als Reaktion auf die Krise hat auch die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Anstrengungen im Bereich der europäischen Statistiken, die sie im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) erstellt, weiter verstärkt. Darüber hinaus wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Bankenunion für das Euro-Währungsgebiet in Erwägung gezogen, die zu weiteren Harmonisierungen von Daten auf europäischer Ebene beitragen dürfte.

Die Europäische Banken- und Schuldenkrise als wirtschaftswissenschaftliche Herausforderung

Prof. Dr. Claudia M. Buch

ist seit Januar 2004 Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, insbesondere Geld und Währung, an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und seit Januar 2005 Direktorin des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen (IAW). Seit dem 1. März 2012 ist sie Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Bonn (Diplom-Volkswirtin) und Wisconsin (Master of Business Administration) wechselte Claudia Buch 1992 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an das Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel, wo sie zuletzt den Forschungsbereich „Finanzmärkte“ leitete. Parallel dazu promovierte und habilitierte sie sich an der Universität Kiel. Als Gastforscherin war sie am Salomon Center for the Study of Financial Institutions (New York University), an der Universität Michigan (Ann Arbor), dem National Bureau of Economic Research (Cambridge, MA) und dem Forschungszentrum der Deutschen Bundesbank tätig.

Seit 2004 ist sie Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dessen Vorsitz sie von 2008 bis 2012 innehatte. Im Jahr 2011 wurde sie in den Wissenschaftlichen Beirat des European Systemic Risk Board berufen. Sie ist zudem Forschungsprofessorin am Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim sowie Mitglied der wissenschaftlichen Beiräte des RWI (Essen) und des IfW (Kiel).

Die globale Finanzkrise hat die dringende Notwendigkeit für ein besseres Verständnis der Determinanten und Folgen des grenz-

überschreitenden Bankenverkehrs offenbart, und zwar nicht nur auf der Ebene der einzelnen Bank, sondern auch hinsichtlich seines Potenzials als systemisches Risiko. Dabei hat sich insbesondere gezeigt, dass es nicht nur wichtig ist, zu verstehen, warum einzelne Banken sich im Ausland engagieren und wie aggregierte Kapitalflüsse sich verhalten. Stattdessen sind die Verbindungen zwischen mikroökonomischem Verhalten und makroökonomischen Ergebnissen zunehmend ins Zentrum gerückt. Die Untersuchung aggregierter oder bilateraler Daten ist daher für ein zufriedenstellendes Verständnis des internationalen Bankenverkehrs nicht mehr ausreichend. Viele Schlüsselfragen der Politik, wie z. B. die Frage nach der Reaktion von Banken auf länderspezifische, makroprudenzielle Politikmaßnahmen, wie etwa antizyklische Kapitalpuffer, erfordern mehr Informationen zu ihrer Beantwortung.

Die Literatur im Bereich internationales Banken- und Finanzwesen ist gut entwickelt, die jüngsten Ereignisse auf den internationalen Finanzmärkten haben das Interesse am Thema aber beträchtlich gesteigert. In der Folge sind zahlreiche Artikel veröffentlicht worden, wobei die jüngsten Veröffentlichungen insbesondere die Bedeutung der Untersuchung von Mikro-Daten in den Mittelpunkt stellen. Diese Forschungen haben entscheidend zu einem besseren Verständnis der mikroökonomischen Gründe und Folgen des internationalen Bankenverkehrs beigetragen und waren zudem hilfreich, die Ursachen für die Heterogenität der Banken im internationalen Bankenverkehr zu identifizieren. Trotz dieser Fortschritte ist jedoch eine genauere Untersuchung der Zusammenhänge zwischen mikro- und makroökonomischen Aspekten im grenzüberschreitenden Bankenverkehr immer noch gerechtfertigt.

Das Wissen um die Faktoren, die Banken zur Internationalisierung bewegen, wirft die Frage auf, wie sich ihr Auslandsengagement in den wichtigsten Kennzahlen der Leistungsfähigkeit der Banken auswirkt, vor allem wie es Marktmacht und Risiko der Banken beeinflusst. Dieses Beziehungsgeflecht zu verstehen, ist für Politiker von sehr großer Bedeutung. Die Krise, die 2007 begann, hat drastisch vor Augen geführt, dass internationale Integration nicht nur Diversifikationsvorteile mit sich bringt, sondern Banken auch enormen Risiken aussetzt. Um angemessene politische Entscheidungen treffen zu können, ist eine tiefere Einsicht in die Zusammenhänge von Internationalisierung, Marktmacht und Risiko nötig.

Zwar hat die aktuelle Forschung in den letzten Jahren eine Vielzahl an neuen Erkenntnissen zum internationalen Bankenverkehr hervorgebracht, doch zahlreiche politisch relevante Fragen können

noch nicht beantwortet werden – aus mehreren Gründen: Bilaterale Bankdaten, die von der BIS bereitgestellt werden, erlauben keine Untersuchungen der Heterogenität zwischen den Banken; in kommerziell angebotenen Daten fehlen häufig wichtige Informationen über die grenzüberschreitenden Aktivitäten der Banken, die nur für Behörden verfügbar sind; und bestehende Datensätze der Zentralbanken können nicht zusammengefügt werden, um eine gemeinsame Analyse für unterschiedliche Bankensysteme gleichzeitig durchführen zu können. Die Heterogenität in den Anpassungsreaktionen von Banken aus verschiedenen Ländern an die zunehmende Internationalisierung können daher nicht untersucht werden.

Diese Hürden zu überwinden, ist sowohl für die Forschung als auch für die Politik wichtig. Um die Rolle des internen Kapitalmarkts der Banken bei der Übertragung von Schocks in andere Länder, die Effizienz von politischen Maßnahmen zur Bankenregulation, die Verbindungen von multinationalen Banken zu ihren ausländischen Filialen und Tochterfirmen, die Rolle indirekter Verbindungen (z.B. externe Effekte von Informationen, neue Schocks oder Paniken aufgrund von Risiken) bei der Übertragung von Schocks zu verstehen und um die Ursachen und Folgen der Internationalisierung von Banken detaillierter analysieren zu können, sind Mikro-Daten von hoher Qualität für eine größere Anzahl von Ländern nötig.

Tagungsort:

Museum Wiesbaden
Friedrich-Ebert-Allee 2
65185 Wiesbaden

Organisation:

•> *Marco Schwickerath*
Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik
65180 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 611 / 75 - 38 89
kolloq@destatis.de
www.destatis.de -> Methoden -> Kolloquien

Tagungsleitung:

•> *Albert Braakmann*
Statistisches Bundesamt
Nationaleinkommen, Sektorkonten und Arbeitsmarkt
65180 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 611 / 75 - 25 29
albert.braakmann@destatis.de

•> *Christian König*
Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik
65180 Wiesbaden
Telefon: +49 (0) 611 / 75 - 20 77
christian.koenig@destatis.de

Moderation:

•> *Prof. Dr. Ullrich Heilemann*
Universität Leipzig
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Institut für Empirische Wirtschaftsforschung
Grimmaische Straße 12
04109 Leipzig
Telefon: +49 (0) 341 / 97 - 33 503
heilemann@wifa.uni-leipzig.de

Erschienen im Oktober 2012
Bestellnummer: 0000142-12900-1
© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Statistisches Bundesamt, Europ. Banken- und Schuldenkrise, 2012